REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 124 A | BERLIN • Sonntag, den 29. Mai 1932 | 1. JAHRGANG

Schwankendes Reichs-Kabinett

Großagrarier und Generäle hinter den Kulissen / Stegerwald meldet den Bankerott von Sozialversicherung und Tarifvertragsrecht an.

Hk. Nach der Rückkehr aus seinem Pfingsturlaub wird HINDENBURG am Sonntag den Reichskanzler BRÜNING zu einer Unterredung empfangen, von der wichtige Entscheidungen abhängen.

Die Frage ist, ob es gewissen noch reaktionäreren Kreisen als den im Kabinett BRÜNING vertretenen gelingen wird, die Reichsregierung nach ihren Wünschen umzubilden. Vor allem Agrarier und Militärs haben bei HINDENBURG gegen BRÜNING, GROENER und SCHIELE gewühlt.

Der Reichspräsident hat z. B. jetzt darauf gedrängt, daß in dem Siedlungsprogramm, an dem das Kabinett arbeitet, die großagrarischen Interessen stärker berücksichtigt werden als bisher von der Regierung geplant worden war. Was den Agrariern an dem

Siedlungsentwurf der Regierung

nicht paßte, haben sie durch die deutschnationale Reichstagsfraktion folgendermaßen aussprechen lassen:

„Nach dem Referentenentwurf soll das Reich, ohne daß es eine Forderung an den Eigentümer eines Grundstücks hat, berechtigt sein, „im öffentlichen Interesse" Zwangsversteigerungen derjenigen landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundstücke, die im Sicherungsverfahren waren, und die angeblich nicht mehr saniert werden können, zu betreiben. Der Weg, den die Reichsregierung mit dieser Notverordnung zu gehen gewillt ist, stellt sich als vollendeter Bolschewismus dar. . . . Wir warnen die Reichsregierung, den in dem Entwurf angedeuteten Weg zu beschreiten und kündigen allerschärfsten und unerbittlichen Kampf mit allen Mitteln an für den Fall, daß die Reichsregierung auch diese unsere Warnung in den Wind schlagen sollte."

Hiermit hängen die Gerüchte von einem Rücktritt SCHIELES zusammen, gegen den der Reichslandbund neuerdings eine Aktion unternehmen soll.

GROENER ist ein Stein des Anstoßes für die Militärs um SCHLEICHER, weil er mit dem SA-Verbot eine Spur von republikanischer Gesinnung zeigte.

Was mit dem Reichswehrministerium geschieht, ist nach übereinstimmenden Meldungen so gut wie sicher:

General HASSE wird Reichswehrminister werden;

„ein tüchtiger Offizier" — so wird er empfohlen, und das „Berliner Tageblatt" fügt reichlich naiv hinzu: „Ueber besondere politische Aspirationen des künftigen Reichswehrministers ist bisher erfreulicherweise nichts bekanntgeworden."

Solche unpolitischen „tüchtigen Offiziere" sind gerade die Leute, die Herr SCHLEICHER für seine Zwecke brauchen kann!

Man soll ihn selber nach vorn schieben, ins Rampenlicht der Oeffentlichkeit — so forderten wir bereits im „Funken" —, damit seine Tätigkeit wenigstens in einem gewissen Maße der Kontrolle der Oeffentlichkeit unterliegt, oder man soll ihn rausetzen.

In den Chor derjenigen, die bei HINDENBURG gegen BRÜNING und GROENER intrigieren, gehören auch alle

die, denen BRÜNINGs Außenpolitik zu „schlapp" ist.

Selbst ein Verein von Glaubensgenossen BRÜNINGS: die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher", arbeitet bei HINDENBURG gegen BRÜNING, indem er folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt hat:

„Im Hinblick auf die immer augenfälliger zutage tretenden Mißerfolge der Außen- und Innenpolitik Dr. BRÜNINGS und die sich dadurch steigernde Not bitten wir im Namen von Millionen guter katholischer Deutscher ebenso ehrerbietig wie dringend, der Herr Reichspräsident wolle dem von keiner Volksmehrheit mehr getragenen Kabinett BRÜNING das Vertrauen entziehen und, gegebenenfalls durch Reichstagsauflösung, einem Kabinett der großen nationalen Front den Weg freigeben."

Als Verbindungsmann der Reaktionäre, die HINDENBURG gegen BRÜNING auszuspielen suchen, hat wohl auch der Staatssekretär MEISSNER funktioniert!

Es ist verständlich, daß BRÜNING jetzt gegenüber all diesen Treibereien Klarheit schaffen will. Wie die Telegraphen-Union mitteilt,

beabsichtigt der Kanzler, den Reichspräsidenten vor die Frage zu stellen, ob er noch das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genieße,

weil es sonst für ihn keinen Sinn habe, die Notverordnung, die auf lange Sicht berechnet sei, gegenzuzeichnen und durchzuführen. —

Das ganze Gewimmel um die Regierung BRÜNING, dieser Chor der Interessenten, Intriganten, Ignoranten, Militärs und anderer Leute, die in der Regierung nichts zu suchen haben — dieser ganze Teufelsspuk gehörte mit einem Ruck in die Ecke gefegt. Dieser ganzen Gilde, die immer „Deutschland" schreit und Geld und Karriere meint, müßte endlich der Mund gestopft werden.

Wo bleibt die Arbeiterschaft, die Gruppe des Volkes, auf deren Rücken sich die Konkurrenzkämpfe der gesellschaftlichen Schmarotzer abspielen? Wenn die Arbeiterschaft halb so unverschämt wie die Agrarier und ihr Anhang auftreten würde, kröche die ganze Heldenschar in die Mauselöcher.

Freilich: die Regierung BRÜNING brauchte dann ebenfalls nicht mehr geduldet zu werden. Auch ihr Sturz stünde dann zur Debatte; denn auch sie hat ja im wesentlichen nur der Arbeiterschaft das Leben sauer gemacht.

Aber die Arbeiterschaft läuft an ihren Aufgaben vorbei, und ihre Führer behandeln die große Sache des Sozialismus wie „ein Kleinod im Saustall".

Wie es besser gemacht werden könnte, zeigen wir unter anderem im heutigen Leitartikel.

Stegerwald krisenfest.

Es ist bezeichnend, daß gegen STEGERWALD von seiten der herrschenden Klasse keine Bedenken angemeldet werden. Das ist verständlich, wenn man die an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichte Rede STEGERWALDS sowie die Ausführungen liest, die der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums vor dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages gemacht hat. STEGERWALD verstieg sich in seiner Rede zu folgender Behauptung: „Die Kostenaufbringung für die Sozialversicherung spitzt sich immer mehr auf die Frage zu: Was können die in Arbeit Stehenden abgeben an jene, die . . . aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden sind?"

Für die Arbeiter spitzt sich ihr Verhältnis zu Herrn STEGERWALD immer mehr auf die Frage zu: Wie werden wir STEGERWALD los?

Herriot am Scheidewege.

Allem Anschein nach versucht der linke Flügel der Radikalsozialisten noch einmal eine Aktion zu Gunsten einer Regierungsbeteiligung der Sozialisten. Wie es heißt, haben fünf Abgeordnete dieser Gruppe eine Entschließung angenommen, in der sie den sozialistischen Forderungen stark entgegenkommen.

Während sich die Aussichten für ein Linkskartell so gut wie völlig zerschlagen haben, wirbt die Rechte um HERRIOT. MARIN, der Führer der äußersten Rechten, hat eine Erklärung abgegeben, in der er sich scharf gegen die Sozialisten, nicht aber gegen HERRIOT wendet. Er sagt ihm vielmehr die Unterstützung seiner Gruppe zu für den Fall, daß die Radikalsozialisten ihre eigene Politik verfolgen und sich von sozialistischen Einflüssen fernhalten würden.

„Die nationale Einheit" in Japan.

Die Politik des neuen japanischen Kabinetts.

In einer amtlichen Erklärung stellt die japanische Regierung fest, daß sie keinerlei Aenderung in der japanischen Außenpolitik vorzunehmen gedenke. Ihre wichtigste Aufgabe sei es, innenpolitische Reformen durchzuführen, an der Wiederbelebung der Wirtschaft und der Gesundung der Finanzen zu arbeiten.

Welcher Art die geforderten innenpolitischen Reformen sein werden, geht aus einer Aeußerung des Kriegsministers ARAKI hervor, der als die dringendste politische Aufgabe die Wiederherstellung der Einheit des japanischen Volkes fordert.

Mit diesen Erklärungen wird die Auseinandersetzung mit den nationalistischen Gruppen in Japan in den Mittelpunkt der Regierungspolitik geschoben. Kein Wunder; denn bei dem Auftreten dieser Gruppen ist die Einheit zwischen ihren Absichten und denen der Regierung offenbar eine Lebensfrage nicht nur für das Kabinett, sondern, wie das Schicksal INUKAIS gezeigt hat, auch für die Mitglieder des Kabinetts.

AUS DEM INHALT:

Stegerwalds Kapitulation vor dem Faschismus.
Propagandaerfolge der kommunistischen Parteien.
Japan ein Volk ohne Raum?
Christliche „Erwerbslosenhilfe".
Das Land der Junker und der Landflucht.

Gelungene Einheitsfront.

Von Fritz Grob.

Wir berichteten in Nr. 119 über das Zustandekommen der Einheitsfront in Teltow und Bernau, wo am 1. Mai SP, KP und freie Gewerkschaften gemeinsam demonstrierten mit dem Erfolg, daß 50 Prozent der KP- und SP-Wähler an der Demonstration teilnahmen und eine hoffnungsvollere Stimmung in der Arbeiterschaft erzeugt wurde.

Obgleich in Oranienburg, einem nördlichen Vorort Berlins mit 16 000 Einwohnern, schon wochenlang vor dem 1. Mai systematisch an der Herstellung der Einheitsfront zum 1. Mai gearbeitet worden ist, kam die gemeinsame Demonstration nicht zustande.

Die von uns an Ort und Stelle ermittelten Tatsachen sind für die Oranienburger „linientreuen" KP-Genossen wenig ruhmreich. Das ADGB-Ortskartell ergriff schon Mitte März die Initiative und lud alle Arbeiterorganisitionen ein zu einer Besprechung über eine gemeinsame Maidemonstration. Es wurde ein Maikomitee gegründet, dem Vertreter des ADGB, der KPD, der Trotzkisten und des Industrieverbandes für das Baugewerbe angehörten. Eine Einigung auf gemeinsame Parolen schien zustande gekommen und eine gemeinsame Demonstration gesichert zu sein. Jedoch in der zweiten Sitzung der Arbeiter-Maikomitees stellten plötzlich die Kommunisten die Forderung, daß die Demonstration vor allem unter den Parolen stattfinden müssen: Kampf gegen die Hammerschaften, gegen den Sozialfaschismus und gegen BRAUN-SEVERING. Da die übrigen Mitglieder des Komitees gegen diese Forderungen der KPD-Vertreter waren, so schieden die Kommunisten aus dem Komitee aus. Der ADGB-Ortsausschuß Oranienburg hat bis zum 30. April noch mehrere Male versucht, die Kommunisten zu Besprechungen zu bewegen, um doch noch eine einheitliche Demonstration zustande zu bringen. Es blieb vergeblich. Das Maikomitee gab ein Flugblatt heraus, das zur Demonstration aufforderte und von allen beteiligten Organisationen unterschrieben war.

Wie war nun das Ergebnis für die KPD? Es war vernichtend. Während an der Demonstration des Maikomitees etwa 900 Personen beteiligt waren, folgten der KP nur 110 Teilnehmer. Die Isolierung der KPD war offenbar. Die Lehre, die die Arbeiter der KP erteilt hatten, wirkte unmittelbar. Schon am 3. Mai wandte sie sich an das Maikomitee, das schon vor dem 1. Mai beschlossen hatte, seinen Kampf um die Einheitsfront nach dem 1. Mai als „Arbeiter-Kampf-Komitee" fortzusetzen. Der politische Leiter der KP Oranienburgs erklärte in der Sitzung an diesem Tage: Unsere Stellungnahme war falsch. Die eigene Demonstration war ein Fehler. Wir sind bereit, uns an dem jetzigen Arbeiter-Kampf-Komitee zu beteiligen.

Gemeinsame Front gegen die Nazis.

In der gleichen Sitzung wurde das Verhalten der Arbeiter Oranienburgs zu der am Abend desselben Tages stattfindenden Nazi-Versammlung vereinbart.

Am Abend bereits trat die sozialistische Arbeiterschaft geschlossen auf. Nach einer kurzen Diskussionsrede verließen sie, die Hälfte der Anwesenden, den Saal, und die von weit und breit zusammengetrommelten Nazis blieben unter sich. Die Losung war verwirklicht: Klasse gegen Klasse!

Konkrete Schritte zum Handeln.

Am Abend des 9. Mai fand bereits die erste öffentliche Kundgebung des Arbeiter-Kampf-Komitees statt. Es sprachen

die Vertreter der verschiedenen Organisationen und bekundeten ihren Willen zur Einheitsfront.

Besonders erfreulich an den Genossen des Arbeiter-Kampf-Komitees in Oranienburg ist, daß sie ihre *weiteren* Aufgaben bereits sehen und den Willen bekunden, sie durchzuführen. Zur Erledigung der Aufgaben der neuen Einheitsfront hat sich das Komitee in drei paritätisch besetzte Gruppen geteilt:

Kampf dem Faschismus!

Die Abwehrorganisationen „Reichsbanner", Kampfbund gegen Faschismus, proletarischer Selbstschutz, werden als selbständige Schutzstaffeln nur in der Leitung zusammengefaßt und die nicht zu diesen Abwehrorganisationen gehörenden Arbeiter werden in einer vierten Schutzstaffel des Kampf-Komitees organisiert.

Kampf gegen weiteren Lohnabbau!

Zwecks Mobilisierung der Betriebsarbeiter zur Abwehr der Unternehmerangriffe wird der Ausschuß für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eine intensivere Arbeit der Vertrauensleute der freien Gewerkschaften, des Industrieverbandes für das Baugewerbe und der RGO veranlassen. Die bevorstehenden Lohnkämpfe in den maßgebenden Industrien des Lohngebietes Oranienburg geben dazu besondere Gelegenheit.

Die Einreihung der Erwerbslosen in die Kampffront

wird die dritte Gruppe des Arbeiterausschusses versuchen.

Die genannten Parolen der Einheitsfront haben für die Oranienburger Arbeiter Hand und Fuß, da sie nicht fromme Wünsche, sondern konkrete Kampfaufgaben darstellen. Die Oranienburger Genossen haben damit einen Weg beschritten zur Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter, der als praktisches Beispiel gelten kann.

Verranntheit und Hinterlist als Gefahr für die Einheitsfront.

In der Versammlung in Hennigsdorf kam es nach einem erträglichen Referat des Kommunisten KUNZ von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg zu einer unkameradschaftlichen Auseinandersetzung. KUNZ griff den Versammlungsleiter unkameradschaftlich an, weil dieser eine Resolution nicht verlesen lassen wollte, da sie ihm nicht geeignet erschien, die Einheitsfront zu fördern. Auch Diskussionsredner wandten sich gegen die Resolution, in der auch die Verteidigung der Sowjetunion gefordert wurde. Gewiß ist an sich gegen die Verteidigung der Sowjetunion nichts einzuwenden; aber unzweifelhaft ist es richtig, daß man in Deutschland die Einheitsfront bilden kann, ohne das Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion und ohne dadurch zu einem Einheits*brei* statt zur Einheits*front* zu kommen.

Die hinterlistige Art, in der der „Vorwärts" vom 24. Mai die in verschiedenen Orten der Umgebung Berlins zustandegekommene Einheitsfront bekämpft, nachdem er sie bisher verschwiegen hatte, verdient wörtlich wiedergegeben zu werden:

„Zum 1. Mai haben sich auch einige Ortsausschüsse des ADGB in der Umgegend von Berlin dazu hergegeben, zusammen mit der KPD zu demonstrieren. Dabei ist von den Rednern der KPD, wie das nicht anders zu erwarten war, ganz selbstverständlich über die Führung der freien Gewerkschaften hergezogen worden, so daß gleich am ersten Tage der angeblichen Gründung der Einheitsfront diese schon wieder in Trümmer ging. Die Vertreter der freien Gewerkschaften in den Ortsausschüssen, die am 1. Mai dieses Schauspiel erlebt haben, sind gründlich kuriert.

Da wir mit den führenden Funktionären der Ortsausschüsse des ADGB in Teltow und Bernau gesprochen haben, so können wir nochmals erklären, daß die kommunistischen Redner am 1. Mai die Ueberparteilichkeit nicht verletzt haben, zur Genugtuung dieser Gewerkschaftsfunktionäre.

Genossen, diese Beispiele zeigen, von wo der Einheitsfront die Gefahren drohen; deshalb Augen und Ohren auf und den Einheitsfrontvereinbarungen die Treue gehalten. Die Genossen aus den Orten, in denen die Herstellung der Einheitsfront bisher gelungen ist, sollten enge Verbindung miteinander halten. Sie sollten darüber hinaus, soweit es ihre Kräfte nur irgend zulassen,

in andere Orte gehen, um dort bei der Schaffung der Einheitsfront zu helfen

mit ihren Erfahrungen und ihrer gewonnenen Kraft.

Regierungserklärung in Oesterreich.

Dollfuß stellt sich vor.

Vor vollbe**setztem Haus** trug Bundeskanzler DOLLFUSS am Freitag dem **österreichischen Nationalrat** die Regierungs**erklärung seines Kabinetts** vor.

Zur Außenpolitik: Oesterreich „als selbständiger deutscher **Staat"** stehe zum **Deutschen Reich** in engster Verbunden**heit und einer** Freundschaft, die berechtige und verpflichte.

Als Anknüpfungspunkt für die bevorstehenden *handelspolitischen Verhandlungen* Oesterreichs mit seinen Nachbar**staaten** und den europäischen Großmächten, **erwähnte DOLLFUSS die Zugeständnisse**, die **Deutschland** der **österreichischen** Regierung im März über Erleichterungen für österreichische Ausfuhr nach Deutschland gemacht hat. Die Bemerkungen, die DOLLFUSS über Oesterreichs Verhältnis zu den übrigen Donau**staaten machte**, waren derart, **daß** sie den TARDIEU-Plan ausschlossen.

In der Frage der *Auslandsschulden* erklärte DOLLFUSS, daß zwar schon Vorbereitungen für eine Devisensperre dem Ausland **gegenüber getroffen seien, er hoffe aber, daß die Donaukonferenz** des Völkerbundsausschusses, die gemäß den Beschlüssen des Völkerbundsrates am Montag in Paris zusammentritt, Erleichterungen für Oesterreich **beschließen werde**, durch die die Durchführung der vorbereiteten **Maßnahmen** überflüssig gemacht wird.

Zur Innenpolitik: DOLLFUSS fordert feste Währungspolitik, **Vereinfachung** des Staatshaushalts, Ausgleich der Handelsbilanz und Bereinigung der Kreditanstaltsfrage. Die Arbeitslosigkeit glaubt DOLLFUSS u. a. durch Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes wirksam bekämpfen zu können!

*

Das Schwergewicht dieser Regierungserklärung liegt in den außenpolitischen Forderungen. DOLLFUSS hat es verstanden, die Anstoß erregende Parole des Anschlusses aus seinen Worten völlig **herauszulassen und doch deutlich zu erkennen zu geben**, daß er den Kurs der Außenpolitik steuern wird.

*

In der Aussprache über die Regierungserklärung brachte OTTO BAUER im Namen der SP einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung DOLLFUSS ein.

Die Gegenrevolutionäre „informieren" sich.

Major PAPST, der dem Mörder ROSA LUXEMBURGS einen Paß zur Flucht besorgte (vergleiche GUMBEL: „Zwei Jahre Mord"), und der später als Stabschef der österreichischen Heimwehren sein Unwesen trieb und dafür aus Oesterreich ausgewiesen wurde, hält sich seit einigen Tagen wieder in Oesterreich auf und hatte eine längere Aussprache mit dem Führer der Heimwehren, dem verkrachten Fürsten STARHEMBERG. Die Aussprache habe, so erklärte STARHEMBERG, nur zur Information gedient (wer hat wen worüber informiert?); von der Uebernahme eines führenden Postens im Heimatschutz seitens des Majors PAPST sei nicht die Rede gewesen. PAPST werde sich bereits in den nächsten Tagen nach Berlin zurückbegeben.

In einer Bundesführersitzung der österreichischen Heimwehren wurde, wie die Bundesführung mitteilt, das Verhalten PFRIEMERS stark angegriffen. PFRIEMER, der Führer des steierischen Landesverbandes, habe durch seine Beschlüsse — gemeint ist offenbar seine unbedingte Unterwerfung unter die Autorität HITLERS — diesen Landesverband aus dem österreichischen Heimatschutz herausgelöst.

Der Salzburger Landtag hat nach zwei ergebnislosen Wahlgängen den früheren Landeshauptmann von Salzburg, Dr. REHRL (Christlich-Sozial) mit den Stimmen der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Nationalsozialisten zum Landeshauptmann wiedergewählt.

Die Verhandlungen im Memelstreit vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag sind endgültig auf den 8. Juni angesetzt worden. Die litauische Gegendenkschrift, die vom Londoner Gesandten, SIDZIKAUSKAS, der im Haag als Vertreter der litauischen Regierung auftreten wird, Professor MANDELSTAMM und dem Kownoer Rechtsanwalt und Führer der jüdischen Minderheit, ROBINSON, bearbeitet wird, soll bis zum 30. Mai im Haag vorliegen.

Der Streit der Konfessionen.

d **Aden**, 26. Mai.

Bei schweren Unruhen in Aden, die bereits seit mehreren Tagen andauern, wurden 70 Personen verletzt. Die jüdischen Bewohner eines Stadtteils wurden von den Arabern unter der Beschuldigung angegriffen, eine Moschee besudelt zu haben. Es kam zu schweren Straßenkämpfen. Jüdische Geschäfte wurden ausgeplündert und deren Inhaber mit Steinen und Flaschen beworfen. Die Polizei hat mit Hilfe von Panzerwagen eingegriffen und die „Ruhe" wiederhergestellt. Die Spannung zwischen Juden und Arabern ist immer noch sehr groß.

Aufruhr in Katalonien.

In der spanischen Provinz Katalonien häufen sich die Kämpfe zwischen revolutionären Aufständischen und der Polizei. In Barcelona und Umgegend kam es verschiedentlich zu Bombenattentaten. Die Polizei antwortete mit Verhaftungen und mit der Beschlagnahme gewerkschaftlicher, anarchistischer und kommunistischer Flugblätter und Zeitschriften. — Die Gewerkschaften in Katalonien stehen, wie wir neulich berichteten, fast durchweg unter dem Einfluß einer kommunistischen, wenn auch von der Komintern abgetrennten Gruppe.

Wie Havas meldet, glaubt die spanische Regierung, den Unruhen in Katalonien und der Unzufriedenheit, die im Parlament über die Verwaltung der Provinz herrscht, dadurch entgegentreten zu können, daß dieser Provinz weitgehende Vollmachten auf den Gebieten der Finanz- und Rechtspflege übertragen werden. Die Sozialgesetzgebung soll dagegen ausschließliches Vorrecht des spanischen Staates bleiben; die katalonischen Behörden würden, so heißt es, nur mit der *Durchführung* der Gesetze betraut werden.

Die Verlängerung des Reichsbankkredits.

Deutschland bittet um Zinsermäßigung.

k **Paris**, 27. Mai.

Der Reichsbankkredit von 90 Millionen Dollar, der zu gleichen Teilen von der Bank von Frankreich, der Bank von England, der amerikanischen Federal Reserve Bank und der BIZ bewilligt war, wird am 4. Juni fällig. Die Reichsbank hat für die Verlängerung des Kredits um eine Herabsetzung des Zinssatzes von 6 auf 5 Prozent gebeten. Vor zwei Monaten ist der Zinssatz von 8 auf 6 Prozent herabgesetzt worden. Die Bank von Frankreich teilt hierzu mit, daß sie sich erst in der kommenden Woche über ihre Stellungnahme äußern kann. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie als Gegenleistung für die Herabsetzung des Zinsfußes auf der Zurückzahlung eines weiteren Teiles des Kredits bestehen wird.

In den Erdbebenwarten von Wellington (Neuseeland) und Sydney (Australien) wurden am Freitag morgen außerordentlich starke Erdbeben registriert. Der Sydneyer-Erdbebenwarte zufolge hat sich das Erdbeben in einer Entfernung von 2400 Kilometern von Sydney, vermutlich auf Neu-Guinea, ereignet. Die Wellingtoner Warte meldet leichtere Erschütterungen während der Dauer von über zwei Stunden, denen äußerst heftige Schwingungen folgten. Die Erdbebenwarte in Wellington vermutet das Erdbebenzentrum in der Nähe der Kermadeo-Inseln im Stillen Ozean.

PORGY.

Ein Neger • Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur. Nachfolger. Verlag. Berlin.)

(32. Fortsetzung.)

Die ganze Nacht über hatte Clara mit ihrem Kind auf dem Arm, ohne ein Wort zu sprechen, in einem Winkel des Saales gesessen. Sie war so ruhig gewesen, daß sie, den Kopf auf die Brust gesenkt, zu schlafen schien. Einmal jedoch war Bess zu ihr getreten und hatte gesehen, daß ihre kummervollen Augen weit geöffnet waren.

Als die unglückliche Frau die Ausrufe hörte, sprang sie auf und lief zum Fenster. Sie konnte gerade noch sehen, wie das Fahrzeug in der Nähe der Kaispitze wieder in die Tiefe schoß.

Sie schrie nicht auf — doch auch sprechen konnte sie nicht. Plötzlich aber huschte eine Hoffnungsschimmer über ihr schwarzes Gesicht. Sie eilte auf Bess zu.

„Sorg für das Kind, bis ich zurückkomme!" rief sie erregt, gab ihr das Kleine auf den Arm und stürzte hinaus.

Die anderen sahen vom Fenster aus, wie sie, hastig durch das noch immer knietiefe Wasser watend, die Straße überquerte, den Kai hinunterlief und verschwand.

Alles das war so plötzlich geschehen, daß die ermüdeten Gehirne nicht gleich den Zusammenhang begriffen. Mehrere Minuten vergingen, ehe jemand auf die Idee kam, ihr zu folgen. Schließlich drehte Peter sich am Fenster um und sagte:

„Die Frau ist ja ganz außer sich — wir müssen sie zurückholen! Wer kommt mit mir?"

Ein Mann meldete sich, und sie eilten zusammen zur Tür.

Ein Krachen wie ein Kanonenschlag erschütterte das Haus bis in seine Grundmauern. Der Sturm hatte sich wieder erhoben. Er schien während der Windstille neue Kräfte gesammelt zu haben, denn seine Stöße fegten mit unglaublicher Wucht dahin, folgten einander in rasender Eile. Die Leute, die an den Fenstern standen, fühlten, wie diese nachgaben und warfen instinktiv ihr Gesicht gegen die Rahmen. Die einzelnen Schläge gingen schließlich in einem ununterbrochenen Dröhnen unter, das alles vorherige übertraf. Der Saal verdunkelte sich so, daß sie einander nicht mehr sehen konnten. Die verbarrikadierten Fenster waren nur noch undeutlich als schmutziggraue Flecken in dem Schwarz ringsum zu unterscheiden. Die tief im Boden verwurzelten Mauern schwankten unter dem Anprall des Sturmes hin und her.

Ein unbestimmtes Summen betender Stimmen erfüllte den Saal, meist aber übertönt von den schrillen Angstschreien der Frauen.

Eine geraume Weile hielt das Toben draußen unvermindert an, dann, als würde ein Hebel langsam umgelegt, ließ die Kraft der Angriffe allmählich nach. Die schmutziggrauen Flecken der Fenster wurden heller — einige der mutigeren unter den Negern wagten wieder hinauszublicken.

Der Kai war undeutlich unter einer Decke von Nebel und Schaum zu erkennen. Die Brandung war jetzt höher als je zuvor — sie überflutete nicht allein den Strand, sondern stand direkt auf dem Fluß, den sie zurückdrängte und in der Stadt über die Ufer treten ließ.

Plötzlich tauchte in der Richtung vom Unterhafen her eine kollossale Masse auf, die zuerst nur als ein großer Fleck erschien, der sich gegen die graue Nebelwand abhob. Jetzt ergriff sie eine riesige Welle und schleuderte sie vorwärts, so daß man erkennen konnte, was es war.

„Großer, allmächtiger Gott!" flüsterte einer am Fenster. „Das ist der große Holzschoner, der sich im Hafen losgerissen hat!"

Eine Welle stemmte jetzt ihre gewaltigen Schultern unter das Fahrzeug und hob es — hielt es hoch oben, für einen Augenblick nur, der aber nicht zu enden schien. Der aufragende Bugspriet verlor sich fast im Nebel. Unendliche Wassermassen ergossen sich von dem steilaufgerichteten Deck herab über den glatten, schwarzen Seitenplanken, deren untere Hälfte im Meere verschwand. Dann schwoll die Welle ab, und der Bug senkte sich in raschem, todbringendem Sturz.

Das Krachen des Holzes, das folgte, übertönte das Brüllen des Sturms, denn der Schiffsrumpf war direkt auf die Mitte des Kais geschleudert worden. Ein furchtbares Durcheinander entstand, alles schien sich in sich selbst aufzulösen. Die großen Balken der Ladung ragten einen Moment auf dem Kai hoch, wurden dann fortgespült wie Strohhalme. Der Schoner schwankte hin und her, seine drei Masten mit der gesamten Takelage brachen nieder. Der Anprall zerriß die starken Taue, die den Rest der Ladung auf dem Deck festhielten, und als das Schiff sich zur Seite legte, rollte eine Lawine schwerer Balken ins Wasser.

Die völlige Zerstörung gnädig verhüllend, schloß sich dicht wieder der Nebel.

Bess, die schlafende Kleine auf dem Arm, wandte sich vom Fenster ab und suchte Porgys Blick.

Mit angstentstelltem Gesicht streckte der Krüppel die Hand aus und streichelte scheu die Wange des Kindes . . .

Die Fenster des großen Ballsaales waren weit geöffnet. Eine leichte Brise fegte den Himmel blank und rein, zerriß die letzten Wolkenreste in kleine Fetzen und jagte sie in geschäftiger Eile über das Meer hin davon.

Die meisten Flüchtlinge waren in ihre Zimmer zurückgekehrt, in denen man sie eifrig die alte Ordnung wieder herstellen hörte. Porgys jubelnd anschwellende Stimme verkündete, daß er seinen Ziegenbock entdeckt hatte, der sich auf dem Kochherd in Sicherheit gebracht. Auch das Wiehern von Peters altem Pferd hatte nichts Schlimmes bedeutet — es war wohl sehr naß geworden, hatte aber keinen Schaden erlitten.

Serena Robbins blieb vor Bess stehen, die ihre Sachen zusammenraffte, um den Saal zu verlassen, stemmte die Fäuste in die Hüften und maß sie von oben bis unten mit dem Blick. Dann wandte sie sich den übrigen Anwesenden zu und fragte:

„Was wollen wir nun mit dem armen, mutterlosen Kindchen anfangen?"

(Fortsetzung folgt.)

Propagandaerfolge der kommunistischen Parteien.

Wachstum und Wechsel. / *Von Grete Hermann.*

Ueber die Werbetätigkeit, die die KP während des Jahres 1931 in verschiedenen Ländern durchgeführt hat, und über den Erfolg dieser Arbeit berichtet die „Inprekor" in ihren Nummern vom 19. und 22. April. Wir bringen im folgenden aus ihren Darstellungen einige interessante Angaben.

England.

Der Erfolg des Rekrutierungsfeldzuges der KPE war die Verdreifachung ihres Mitgliederbestandes. Die Mitgliederzahl der KPE ist in der folgenden Weise angestiegen:

Februar 1931	2711
Juni 1931	3054
November 1931	6279

Vom Beginn des Jahres 1932 liegen noch keine exakten Zählungen vor; doch rechnet man nach den Angaben einzelner Kreise mit einer weiteren Zunahme um 2500 bis 3000. Die Mitgliederzahl wird daher jetzt auf gut 9000 geschätzt; sie hätte damit fast die Höhe vom September 1926 erreicht, als die Kommunisten auf Grund des englischen Kohlenstreiks starken Zuzug hatten. Ihre Mitgliederzahl belief sich damals auf rund 10 800.

Um die politische Bedeutung der jetzigen starken zahlenmäßigen Zunahme einzuschätzen, müssen wir noch einige andere Zahlen hinzuziehen. 1930, also vor Beginn der besonderen Werbe-Propaganda, bestand fast die Hälfte aller Mitglieder der Partei aus Arbeitslosen. Die Zusammensetzung der Partei zeigte das folgende Bild:

Arbeitslose	49,43 %
Bergarbeiter	11,3 %
Textilarbeiter	7,1 %
Metallarbeiter	7,2 %
Ungelernte Arbeiter	3,9 %
Eisenbahner	3,9 %

Der Rest der Partei bestand aus Berufsgruppen mit weniger als 3 Prozent der Mitglieder.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Propaganda war es, diesen sozialen Aufbau der Partei zu ändern; die Partei wollte begreiflicher Weise in den Betrieben Fuß fassen und den Prozentsatz der Erwerbslosen zurückdrängen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden, das Zahlen-Verhältnis der Erwerbslosen zu den noch erwerbstätigen Mitgliedern hat sich eher verschlechtert. Die drei größten Ortsgruppen der KPE, die zusammen ein Drittel der Mitglieder umfassen, wiesen im Herbst 1931 die folgenden Verhältniszahlen auf (in Klammern die entsprechenden Zahlen vom Herbst 1930):

Sheffield	60 % Erwerbslose	(60 %)
Tyneside	28 % Erwerbslose	(30 %)
London	64 % Erwerbslose	(62 %)

Ebenso ungünstig stehen die Zahlen, wenn man die Stärke der KP in der „wichtigsten bolschewistischen Organisationsform — den Betriebszellen —", vor und nach der Propagandaarbeit vergleicht.

	November 1930	November 1931
Parteimitglieder	2555	6279
Betriebszellen	39	49
Mitglieder von Betriebszellen	218	266
In Prozenten der Parteimitgl.	8,5	4,2

Hinzu kommt endlich, daß die „Fluktuation" (das Hinein- und Herausströmen) unter den neu aufgenommenen Mitgliedern sehr groß zu sein scheint. Der „Manchester Guardian", ein ernsthaftes linksbürgerliches Blatt, berichtet, daß von den 800 Arbeitern, die im Februar 1932 in Schottland ihre Aufnahme in die Kommunistische Partei Englands beantragten, allem Anschein nach nicht mehr als 400 am Ende des Monats noch Mitglieder waren.

Oesterreich.

Die KPOe hat eine ganz entsprechende Entwicklung durchgemacht, wie die folgende Uebersicht zeigt:

	Mitte 1931	Ende 1931
Mitgliederzahl	3508	6813
Betriebszellen	30	68
Mitglieder in den Betriebszellen	etwa 1200	etwa 1630
In Prozenten der Parteimitglieder	35 %	24 %
Mitgliederzahl pro Zelle i. Durchschnitt	40	24

Auch in Oesterreich ist die Fluktuation außerordentlich groß, nach Angabe der „Inprekor" ist stellenweise die Zahl der Abgänge 50 Prozent von der der Neuaufnahmen gewesen. Um nach dieser Angabe etwas über die Fluktuation in der Partei aussagen zu können, müssen wir allerdings noch wissen, wie groß der Zuwachs der Partei in den fraglichen Gebieten gewesen ist. Nehmen wir an, der prozentuale Zuwachs sei in diesen Gegenden so groß wie in ganz Oesterreich, die Organisationen hätten sich also in diesen Gegenden während des zweiten Halbjahres von 1931 etwa verdoppelt, dann ist laut Angabe der „Inprekor" diese Verdoppelung so zustande gekommen, daß die KP in diesen Gegenden in einem halben Jahre doppelt so viel Mitglieder neu aufgenommen hat, wie sie zu Beginn des Halbjahres hatte, und daß ihre Verluste an Mitgliedern ihrem Anfangsbestand gleichkommen.

Holland.

„Wenn man den Mitgliederbestand prüft, wie lange die Mitglieder in der Partei sind, so ergibt sich, daß nur eine kleine Minderheit länger als zwei Jahre in der Partei ist." Das schreibt die „Inprekor" wörtlich.

Wie zählt man die Mitglieder einer Organisation?

Die starke Fluktuation der KP wird verständlich, wenn man aus der „Inprekor" erfährt, daß in der KP drei Methoden der Mitgliederzählung angewandt werden, und daß diese drei Methoden zu außerordentlich verschiedenen Ergebnissen führen.

Nach der ersten Methode gelten alle die als Mitglieder, die ein Mitgliedsbuch der Partei besitzen.

Nach der zweiten diejenigen, die Mitgliedsbeiträge bezahlen.

Nach der dritten nur diejenigen, die sich aktiv an der Parteiarbeit beteiligen.

Nach der ersten Methode gezählt, hat die englische KP heute etwa 9000 Mitglieder, nach der zweiten 2500; wieviel sich nach der dritten Methode ergeben, verrät die „Inprekor" selbstverständlich nicht.

Nach dem von Lenin erkämpften vierten Paragraphen des Statuts der Kommunistischen Internationale kann nur der Mitglied der Kommunistischen Partei und der „Komintern" sein, der das Programm und das Statut der Partei des entsprechenden Landes und der „Komintern" anerkennt, der Mitglied einer unteren Parteiorganisation ist, aktiv in ihr arbeitet, alle Beschlüsse der Partei und der „Komintern" durchführt und regelmäßig Beiträge zahlt.

Die Erfüllung dieser Bedingungen gilt der „Inprekor" heute als ein zwar erstrebenswertes, aber unerreichtes Ideal; ihre Tagesparole heißt: „Solange dies nicht erreicht ist, kann aber dennoch der zahlenmäßige Bestand der Organisation nicht auf Grund der Markenzählung (Kontrollmarken, die bei Entrichtung der Mitgliedsbeiträge ausgegeben werden. Red.) ermittelt werden. Zur Grundlage muß obligatorisch die Registrierung der effektiv vorhandenen Mitglieder genommen werden, während die Beitragszahlung und die Aktivität nur ergänzend zur Registration zu berücksichtigen sind."

Praktisch sind damit die Forderungen Lenins preisgegeben, die ihm so wichtig waren, daß er um ihretwillen in eine Parteispaltung willigte. Ohne die Anerkennung dieser Forderungen ist der Mitgliederbestand einer politischen Partei aber eine bloße Seifenblase, die man durch einen Propagandafeldzug aufblasen kann, ohne damit eine Macht in Händen zu haben.

Neue Unruhen

sind am Freitag gemeldet worden aus Berlin, Gladbach-Rheydt, Düsseldorf, Köln, Remscheid, Stettin. Wieder Ansammlungen vor Erwerbslosen, Eingreifen der Polizei, Einschlagen von Schaufensterscheiben, Schüsse. **In Köln wurden zwei Demonstranten durch Bauchschüsse verletzt.**

An verschiedenen Stellen Berlins, in Gladbach-Rheydt und in Düsseldorf kam es bei den Demonstrationen zu Schlägereien zwischen NS und Kommunisten. Dabei wurde in Gladbach-Rheydt ein Kommunist von einem Nazi schwer verletzt.

Die Berliner Demonstrationen richteten sich auch gegen das japanische Klubhaus in der Motzstraße und gegen das russische Restaurant Tscherkess in der Passauer Straße; in beiden Lokalen wurden die Fensterscheiben zertrümmert.

Wegen Beteiligung an den Vorfällen in Düsseldorf hat die Polizei den kommunistischen Landtagsabgeordneten Fränken in Rheydt verhaftet.

In Recklinghausen kam es zu Unruhen, die schließlich zu einem dreistündigen Feuergefecht zwischen Polizei und Demonstranten führten, in dessen Verlauf ein 48jähriger Dachdeckermeister getötet wurde.

Die Polizei fand bedeutende Mengen Sprengstoff bei dem Bergarbeiter Bierowski in Beuthen. Ergebnis der Haussuchung: 50 Dynamitbomben, die aus Konservenbüchsen zu je einem Pfund hergestellt waren, 28 Dynamitsprengpatronen, 8 Sprengkapseln, 196 Schuß S-Munition, zwei Gewehrschlösser Modell 98, ein Maschinengewehrkasten mit Gewehrteilen, 50 Sprengkapseln mit Zündschnur, isolierter Draht mit Sprengkapseln für elektrische Fernzündung, drei Rollen Zündschnur, vier verschiedene Sprengpatronen und eine Blechbüchse mit Dynamit. Bierowski und seine Ehefrau wurden festgenommen.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds:

G. E. in K. 5,— M; H. E. in K. 10,— M; Ueberschuß vom Vertrieb in K. 34,88 M; K. M. in B. 3,— M; Haushalt K. in B. 5,— M; A. K. in B. 50,— M; R. L. in B. 39,— M; R. H. in B. 3,— M; K. in B. 4,— M; A. W. in B. 2,— M; R. B. in S. 20,— M; W. L. in F. 5,— M; W. S. in D. 30,— M; E. V. in B. 2,— M; J. R. in D. 10,— M; W. B. in M. 1,— M; E. S. in B. 12,— M; F. H. in K. 5,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen.

Ist Japan ein Volk ohne Raum?

M. F. Einen Beitrag zur Lösung dieser Frage finden wir in einem Aufsatz, der unter dem Titel „Warum die Japaner nicht nach Hokkaido ziehen wollen (ein Beitrag zum Besiedlungsproblem Nord-Japans)" von E. Belani in Heft 5 der Monatszeitschrift „Kosmos" veröffentlicht wurde.

Der Verfasser erzählt folgendes: Japan ist unter allen Großmächten das am dichtesten bevölkerte Land. Die Folge davon ist ein „beinahe zwangsmäßiger Expansionsdrang des Japanischen Reiches". Japan besitzt aber auf der Insel Jesso oder Hokkaido und den Kurilen noch große eigene Gebiete, die sehr schwach besiedelt sind. Zwar haben diese nordjapanischen Inseln Wintermonate, in denen eine Temperatur bis zu 40 Grad Kälte herrscht; schreckliche Eishagel- und Schneestürme rasen dann mit 100 km Stundengeschwindigkeit durch das Land. Aber während der Sommermonate bietet das Land in überreicher Fülle alles, was der Mensch zum Leben braucht. Der Boden gibt unerwartet gute Ernten. Es gedeiht dort jedes Obst, jede Pflanze, die Mensch und Vieh zum Leben brauchen. Die Kühe geben besonders fette Milch, die Bienenzucht ist sehr lohnend, herrliche Wälder liefern viele Arten von Holz, Industriebetriebe könnten dort billig arbeiten, weil der Boden Kohle und Erze birgt und genügende Wasserkräfte vorhanden sind. Heiße Thermalquellen ermöglichen die Anlage von Heilbädern.

Aber, wie Belani sagt: es will niemand von der Hauptinsel Nippon dorthin übersiedeln, obgleich die japanische Regierung den Siedlern Land schenkt, alles Notwendige zum Hausbau zur Verfügung stellt und Aerzte, Inspektoren, Architekten und Ingenieure dorthin entsandt hat.

Warum ist bisher alles Geld für die Besiedlung dieses Landes nutzlos ausgegeben? Belani beantwortet diese Frage so: Der Japaner ist durch das milde Klima Alt-Japans verwöhnt. Er lebt dort in Papierhäuschen, die gegen strenge Winterkälte keinen Schutz bieten. Er kennt keine Oefen, sondern benutzt nur kleine Holzkohlenfeuerbecken, die er „Hibachi" nennt, zum Wärmen der Hände. Mit diesen Papierhäuschen und den Hibachi wanderten bis jetzt die Japaner nach Hokkaido oder den Kurilen aus und konnten infolgedessen den schauerlichen Winter in diesem Lande nicht aushalten und verließen es so bald wie möglich wieder.

Belani schlägt nun vor, die Japaner sollten dort kanadische Blockhäuser mit Innenverkleidung bauen mit besonders erprobten Oefen. Da die japanische Regierung neuerdings große Mittel für die Besiedlung Nord-Japans bereitstellt, hält Belani diesen Vorschlag für durchführbar und nimmt an, daß auch die deutsche Industrie durch die Lieferung von Isoliermaterial (Bauplatten usw.) und geeigneten Oefen einen Gewinn davon haben könnte.

*

Nach dem Lesen dieses Aufsatzes beschäftigte mich der Gedanke, ob wir berechtigt sind, die japanische Regierung und das japanische Volk für so dumm zu halten, daß sie die Notwendigkeit eines anderen Häuserbaues und einer anderen Wärmeökonomie für Nord-Japan bisher nicht erkannten. Da die Japaner schon vor dem Weltkriege in allen Ländern Europas die Technik des 20. Jahrhunderts studierten, halte ich es für unwahrscheinlich, daß Mangel an technischem Wissen der alleinige Grund für das Fehlen einer guten Siedlungspolitik ist. Wir müssen wohl hier fragen: Welche Mächte verhinderten denn die Aufklärung des Volkes über die Vorbedingungen einer erfolgreichen Besiedlung Nord-Japans? Welche Mächte haben ein Interesse daran, daß Alt-Japan übervölkert bleibt und daß daher eine industrielle Reservearmee da ist, die die Löhne niedrig hält? Und welche Mächte haben ein Interesse daran, den Glauben an die Uebervölkerung Japans aufrechtzuerhalten, um ihre imperialistischen Raub- und Mordzüge in die benachbarten Länder mit „nationaler Notwendigkeit" zu „begründen"?

Bengt Berg und das Recht der Tiere.

La. Bengt Berg hat die Freunde seiner Bücher wieder mit einem neuen Werk erfreut: „Der Lämmergeier im Himalaja" (im Verlag von Dietrich Reimer, Berlin). Wieder haben wir Gelegenheit, den Mut und die Ausdauer dieses Mannes zu bewundern, der keine Mühen und Gefahren scheut, um die Tiere in ihrem Treiben zu beobachten und zu belauschen. Wir lernen den Lämmergeier kennen, diesen sagenumwobenen Vogel, von dem selbst die Forscher nichts genaues wissen, und der seinen Horst so verborgen baut, daß nur wenige Menschen etwas Genaues darüber wissen. Und wir staunen über diesen Meister des Fluges, der ohne merkliche Bewegungen weite Strecken zurücklegt, so weit das menschliche Auge ihm zu folgen vermag. Wir erfahren, wie er sich geschickt zurückhält, dann im richtigen Moment herunterstößt und seinen verdutzten Rivalen den Raub aus dem Schnabel reißt. Und zuletzt sehen wir ihn in seinem Horst bei der Fütterung seines Jungen. Ganz nebenbei erfahren wir noch in Bildern und Worten manches Interessante über die Völker jener Gegenden.

Doch wir finden auch andere Bilder in diesem Buch, Bilder, die uns in Erstaunen versetzen. So hören wir, wie Bengt Berg Böcke töten läßt, um mit ihnen den Geier anzulocken. Wir finden Bilder von getöteten Tigern und Panthern, von denen wir nicht wissen, ob sie in Notwehr oder aus Jagdleidenschaft geschossen wurden. Wie ist das möglich? Wie kommt Berg dazu, dieser Mensch, der aus Liebe zu den Tieren keine Mühe scheut, um ihnen nahe zu kommen? Wie ist das möglich bei einem Menschen, von dem die, die ihn persönlich kennen, behaupten, er betrachte die Tiere als seine Brüder? Und der durch alle möglichen Mittel — Wort, Schrift, Film — die Menschen zu bewegen versucht, ihren grausamen Ausrottungsfeldzug gegen die Tiere einzustellen und die schon fast ausgerotteten Arten besonders zu schützen?

Zunächst verstand ich diesen Widerspruch überhaupt nicht, später fand ich eine Erklärung, die vielleicht zutrifft: Bengt Berg achtet nicht das Recht der Tiere, sondern er liebt ihre Schönheit. Er will nicht den Tieren zum Recht, sondern sich selber zum Genuß verhelfen. Er selber erzählt, daß es ihn in seiner Jugend immer zu den Tieren seiner Heimat hinzog. Sein ganzes Sehnen war darauf gerichtet, einen Fotoapparat zu bekommen, um damit das festhalten zu können, was ihm zu sehen vergönnt war. Nichtverstehen und Spott seiner Mitmenschen führten ihn dann noch stärker zu den Tieren. So wirkten die verschiedenen Umstände zusammen. Er sah das Schöne in den Tieren und lernte sie lieben — und versuchte, auch andere Menschen zu der gleichen Haltung zu bringen. Aber es ging Berg wie manchen anderen „Tierfreunden", die vor lauter Freude an der Schönheit der Tiere und der Fotos nicht nur wichtige Lebensaufgaben versäumen, sondern selbst vom Recht der Tiere nichts wissen, obwohl gerade Bengt Bergs Bücher so überzeugend für dieses Recht sprechen.

Aus der Streikbewegung.

Geschlossenheit der Bauschlosser.

Wie wir bereits mitteilten, hat am Freitag der Streik der Berliner Bauschlosser begonnen; er ist, wie bis jetzt zu übersehen ist, geschlossen durchgeführt worden. Der Streik ist nicht ausgedehnt worden auf solche Betriebe, die sich schriftlich verpflichtet haben, mindestens für die Dauer eines halben Jahres keinen Lohnabzug vorzunehmen.

Die Bauschlosser rechnen damit, daß ihr Kampf — wie das ja auch selbstverständlich ist — von den Bauarbeitern unterstützt wird. Jeder, der auf Bauten Schlosserarbeiten verrichtet, ohne im Besitz der roten Arbeitsberechtigungskarte des Metallarbeiterverbandes zu sein, ist ein Streikbrecher.

Rohrleger und Klempner in Innungsbetrieben.

Die Innung versteht ihr Geschäft!

In den Betrieben der Berliner Klempner- und Installateur-Innung streiken die Klempner und Rohrleger sowie deren Helfer, um wenigstens zu erreichen, daß der Lohnabbau nur den Stand erreicht, auf den er für die Beschäftigten der gleichen Berufe in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Zentralheizungsindustrie herabgedrückt worden ist. Wie wir schon berichteten, ist er hier von 1,35 auf 1,16 M für die Rohrleger und von 1,12 M auf 97 Pf. für die Helfer abgebaut worden. Die der Innung angeschlossenen Unternehmer dagegen wollen ihn sogar auf nur 1,03 M bzw. 83 Pf. herabdrücken.

Wie weit der Streikbeschluß befolgt worden ist, läßt sich noch nicht genau übersehen, da es sich gerade bei diesen Unternehmern häufig um sehr kleine Betriebe mit nur einigen oder auch nur einem Gehilfen handelt. Der Metallarbeiterverband hat daher die Absicht, in den nächsten Tagen auf den Bauten die Durchführung des Streiks zu kontrollieren, was am besten mit Hilfe der Bauarbeiter möglich ist. Zur Weiterarbeit sind in Innungsbetrieben nur solche Rohrleger, Klempner und Helfer berechtigt, deren Arbeitgeber sich schriftlich zur Anerkennung des Abkommens mit dem Arbeitgeberverband der Zentralheizungsindustrie verpflichten.

Auch die Klempner der Badeapparate-Industrie streiken mit dem gleichen Ziel. Dort wollen die Arbeitgeber den Lohn der Klempner auf 93 Pf. herabsetzen.

Besonders empörend ist das Verhalten der Innung, die ihren Mitgliedern empfohlen hat,

zwar den Lohn von 1,35 M auf 1,03 M herabzusetzen, ihn aber den Auftraggebern (Hausbesitzern, Mietern, die Reparaturen ausführen lassen) in der alten Höhe anzurechnen.

Wirkliche Doppelverdiener: Sie stecken die Lohndifferenz ein und können außerdem noch tüchtig Stimmung machen gegen die „überhöhten" Löhne!

Erfolgreicher Streik in Bernau.

Der Pflichtarbeiterstreik in Bernau, der mehrere Wochen gedauert hat, hat mit einem Erfolg für die Streikenden geendet. Es handelt sich bei diesem Streik um einen Kampf von 600 Wohlfahrtsempfängern gegen die Forderungen der Stadt, die Unterstützung abzuarbeiten. Dabei wurden Arbeiten verlangt, die man billiger Weise nicht als Notstandsarbeit betrachten konnte. Die Arbeiter forderten für Arbeiten wie Wegebau tarifmäßige Bezahlung und für andere Schwerarbeit, wie Planierungsarbeiten, eine Zulage. Der ADGB-Ortsausschuß hatte sich für die Forderungen der Streikenden eingesetzt.

Der sächsische Haushaltsplan ist dadurch „ausgeglichen" worden, daß man dem an sich vorhandenen Fehlbetrag von 22,3 Millionen Mark eine gleich hohe von der Abtretung der Eisenbahnen an das Reich herrührende Forderung an das Reich „gegenübergestellt" hat. Der Anspruch auf diese Forderung soll jetzt auf dem Rechtswege verfolgt werden.

Rundfunksendungen,
die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 29. Mai.

Breslau:
18.10 Armando Esteban Hareter: Meine Erlebnisse als Stierkämpfer.

Königswusterhausen:
18.00 Junge Generation spricht: Mensch und Maschine.

Langenberg:
17.00 Besuch in Kevelaer.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Die Außenpolitik der Sowjet-Union.

Montag, den 30. Mai.

Berlin:
15.20 Prof. Reichenbach: Die Stellung der Naturforschung im Leben unserer Zeit.
19.10 Kurt Kersten liest eigene Prosa.

Hamburg:
17.30 Dr. Dibelius: Das religiöse Erlebnis der Völker.

Langenberg:
19.35 Dr. A. Reifferscheidt: Staatliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Vgl. dazu das Sonderheft des „ISK": Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.).

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Jugendorganisationen.

Dienstag, den 31. Mai.

Königsberg:
20.35 Beethovens Klavierkonzerte (Op. 73 in Es-dur).

Langenberg:
19.30 Prof. Richter: Diamanten, Platin und andere Bodenschätze in der Union von Südafrika.

Mühlacker und die meisten deutschen Sender:
12.00 Eröffnungsfeier der 38. Wander-Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. (Aus Mannheim.)

München:
18.30 Prälat Scharnagl: Das Pontifikat Papst Pius XI.

„Erwerbslosenhilfe" durch christl. junge Männer

Eine Anregung für gewerkschaftliche Jugendarbeit.

H. Lm. Der Christliche Verein junger Männer in Wiesbaden ist in letzter Zeit in dem Ausbau der „Evangelischen Erwerbslosenhilfe" sehr erfolgreich gewesen, insbesondere in den Heimstunden für erwerbslose Jugend. Von verschiedenen Seiten waren schon Versuche mit derartigen Heimstunden gemacht worden, aber sie waren nie lebensfähig gewesen. Auch die Heimstunden des Christlichen Vereins junger Männer wurden zunächst nur sehr schwach besucht; nur 5 bis 10 Besucher kamen. Dann gelang es ihm, durch Propaganda mit Handzetteln vor den Arbeitsämtern und durch Hinweise in Tageszeitungen besser dafür zu werben. Die Heimstunden selber wurden anregender ausgestattet. Es wurden Tischgemeinschaften gegründet; jeder Besucher wurde mit Kaffee und belegten Brötchen bewirtet. Dabei wurden dann Fragen, die junge Erwerbslose interessieren, erörtert. Die Ausgestaltung der Heimstunden geschah durch die Erwerbslosen selber. Der Erfolg war, daß die Besucherzahl auf 230 stieg. Dann wurden neue Heimstunden zunächst in einem weiteren Gemeindehaus, dann noch eine dritte von einem Pfarrer eingerichtet. Schließlich mußte noch ein Raum in einer Kaserne zu Hilfe genommen werden. Ihre Ergänzung fand die Arbeit in Hausbesuchen bei den Erwerbslosen und in künstlerischen Veranstaltungen.

Um die finanzielle Stützung der Arbeit bemühte sich besonders ein Pfarrer. Es gelang aber auch, vom Ortsausschuß für Jugendpflege und bei der Regierung außer freundlicher Anerkennung finanzielle Förderung zu erhalten, so daß die Fortführung dieser evangelischen Erwerbslosenhilfe als gesichert gilt.

Daß diese Arbeit benutzt wird, um die erwerbslose Jugend gleichzeitig im christlichen Sinne zu beeinflussen, zeigt schon — die eifrige Beteiligung von Pfarrern. Als besonders gelungen wird z. B. auch eine Weihnachtsfeier bezeichnet, weil hier „alle von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken friedlich nebeneinander gemeinsam die alten Lieder der Weihnacht sangen"!

Es wäre sehr notwendig, daß die Freien Gewerkschaften sich in ähnlicher Art überall um die erwerbslose Jugend kümmern. Dabei können sie auch von solchen Erfahrungen gegnerischer Organisationen lernen. Wir sehen nicht ein, warum man der Kirche hier das Feld überlassen soll, wobei ihr wiederum noch Steuergroschen der Arbeiter zufließen. Wir glauben, daß für eine ähnliche Arbeit von seiten der Gewerkschaften ebenfalls Mittel von verschiedenen Seiten flüssig gemacht werden könnten. Die Verbundenheit der erwerbslosen Jugendkollegen mit ihrem Verbande könnte durch solche Veranstaltungen fester gestaltet werden.

Ungeheuerliche Ausbeutung.

Welcher ungeheuren Zumutung die Arbeitgeber fähig sind, wird aus einer Mitteilung des Bergarbeiterverbandes in der „Gewerkschaftszeitung" klar.

Danach wurde der Belegschaft der Zeche „Caroline" (Holzwickede) zugemutet, im Monat 3 Gratisschichten zu leisten. Von der 500 Mann starken Belegschaft haben 200 Mann dieses Ansinnen der Zechenleitung auch angenommen.

Dieses Beispiel zeigt, wie weit die Unternehmer zu gehen bereit sind, wenn keine äußere Macht sie an der Ausplünderung der Arbeiter hindert.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....
Name Ort

.....
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH. Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken"! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken"!

ISK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

Fritz Grob:
Genossen, besinnt Euch!
*
Zahlen des Niedergangs:
Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.
*

Hellmut Rauschenplat:
Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise
*

Zum Nachdenken:
Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen Körperschaften öffentlichen Rechts? —
Bibel-Umsatz. —
Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter Käse, Eier Landbrot

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5 % Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr. 104, H.r. I.
Stoffmuster vorrätig.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt *Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäfts-drucksachen*
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

MAGDEBURG
Zum frischen Obst
schmecken **rohe Gebirgs-Haferflocken** vorzüglich.
1 Post-Paket (9 Pfund) nur 3,60 RM ab hier.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 179 24 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104

Robert Peppmüller
Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Die andere Hälfte der Pflicht.
Gedanken zum Briefwechsel zwischen Romain Rolland und Henri Barbusse.
Von Arnold Sysin.
16 Seiten. / Geheftet 0,60 M.

Der linke Friedenskongreß in Genf ist auf die Initiative von Romain Rolland und Henri Barbusse zurückzuführen. Ein erfreulicher Schritt; um so mehr als sich damit beide Schriftsteller trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze gegen die drohende Kriegsgefahr vereinen. Sie erfüllen nunmehr beide nicht nur die erste Hälfte der Pflicht, die Ungerechtigkeit der herrschenden Ordnung zu enthüllen, sondern auch die andere Hälfte der Pflicht, gegen diese Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto: Berlin 313 42.

Stegerwalds Kapitulation vor dem Faschismus.

STEGERWALD sprach in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Im einzelnen führte er aus:

Die Kostenaufbringung für die **Sozialversicherung** spitzt sich immer mehr auf die Frage zu: **Was können die in Arbeit Stehenden abgeben** an jene, die dauernd oder vorübergehend aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden sind? Vor dem Kriege betrug der Beitrag zur Sozialversicherung 7,9 Proz. des Lohnes, heute an 20 Proz. (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil).

Für die Arbeitnehmer ergibt sich hieraus zweierlei: je höher die Beiträge, desto geringer der noch verbleibende Lohn, und je höher in einem kapitalarmen Lande die Sozialabgaben, desto geringer der Kreis der Beschäftigten.

In diesen Tagen steht die Frage zur Entscheidung, ob die Beiträge zur Arbeitslosenhilfe erneut erhöht werden sollen, um die Arbeitslosen über den künftigen Winter zu bringen. Dabei muß man sich klar sein, daß heute jede Neubelastung der Produktion so und so viel Arbeitslose mehr bedeutet. Bis jetzt ist sozialpolitisch nichts zerschlagen; es ist lediglich ein Abbau der Leistungen erfolgt, nicht ein Abbau der Einrichtungen.

Und auch dieser Abbau der Leistungen ist Mittel zur Erhaltung des Wichtigsten.

(Den Mut, klar zu sagen: „ich will die Leistungen weiter herabsetzen" hat STEGERWALD nicht gehabt.)

An der **Krankenversicherung** kann materiell bestimmt nicht mehr viel geändert werden.

Die **Invalidenversicherung** muß in den nächsten Wochen, um Erhalten werden zu können, ins Gleichgewicht gebracht werden. Sie wird dann noch 70 bis 75 Prozent von dem sein, was sie 1929 war; weitere Einsparungen sind dann auch bei ihr kaum noch möglich.

Bei der **Unfallversicherung** sind bereits die Renten bis zu 20 Prozent beseitigt; mit weiteren Kürzungen ist sie nicht in Ordnung zu bringen.

Die Arbeitslosenversicherung ist demnächst nur noch 50 bis 60 Prozent von dem, was sie 1927 war. Ersparnisse in der Arbeitslosenfürsorge auf organisatorischem Wege beziffert der Minister auf höchstens einige zehn Millionen Mark im Vergleich zu den Gesamtausgaben von über drei Milliarden. Diese geringen Ersparnismöglichkeiten rechtfertigen es nicht, daß man den Arbeitslosen ihre wohlerworbenen Rechte aus jahrelangen Beitragsleistungen wegnimmt und sie den Weg zum Armenamt antreten müßten.

Nach dem Muster MUSSOLINIS.

Wir müssen wieder zurück vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Die Tarifverträge müssen zu Gewerbegesetzen ausgestaltet werden. **Darüber muß natürlich der Reichswirtschaftsrat oder ein freiwilliger Generalstab stehen, der den Ausgleich zu schaffen hat, damit nicht einzelne Gewerbe und Industrien sich auf Kosten der Gesamtwirtschaft Privilegien schaffen.** Auch im Steuer- und Verkehrswesen, in der Zoll- und Handelspolitik könnte ich mir eine sehr fruchtbare Arbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern vorstellen.

(Zum Vergleich teilen wir hier ein paar Sätze aus einer programmatischen Rede des faschistischen italienischen Justizministers ROCCO aus dem Jahre 1925 mit: „Die Zeit ist gekommen, **wo der Klassenkampf durch die staatliche Rechtsprechung ersetzt werden muß.** Die Klassen müssen sich natürlich verteidigen können, aber nur unter der Aufsicht und Ueberwachung durch den Staat. Deshalb muß die Gewerkschaft — bisher ein Organ außergesetzlicher Verteidigung — in ein Organ gesetzlicher Verteidigung umgewandelt werden.")

Abschieben der Sozialversicherung.

Der Staat wird auf die Dauer mit der Sozialversicherung bestimmt nicht fertig. Von 44 Millionen Wählern stellen heute mehr als die Hälfte unmittelbar materielle Forderungen an den Staat: Beamte, Pensionäre, Kriegsbeschädigte, Sozialversicherte, Wohlfahrtspfleglinge u. s. w. Die Sozialversicherung muß in absehbarer Zeit sehr viel mehr den Versicherten überantwortet werden.

„Die unmittelbar bevorstehenden Aufgaben."

1. Die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation.

2. Die Lohnfrage; Aufrechterhaltung des staatlichen Lohnschutzes, wobei aber der Zwangsschiedsspruch künftig mehr in den Hintergrund treten muß.

3. Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand vermittels Kreditschöpfung.

4. Arbeitszeitverkürzung. Hierzu machte STEGERWALD folgende „Vorschläge":

a) es möge **von einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit abgesehen werden, bis wenigstens die Lausanner Konferenz zu Ende** und übersehbar sei, wie sich die Weltlage und damit die deutsche Lage für die nächsten Monate gestalte;

b) unterdessen könnten die Geschäftsausschüsse bei den **Landesarbeitsämtern in Verbindung mit den Gewerbeinspektoren überprüfen, in welchem Ausmaß noch Arbeitszeitverkürzung in den einzelnen Bezirken und Industrien möglich sei und dabei auf weitere freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken;**

c) es sei die Frage **zu prüfen, ob nicht die Werke, die noch voll beschäftigt seien, zu höheren Beitragsleistungen** in der Arbeitslosenhilfe herangezogen werden könnten als die Werke und Industrien, die bereits wesentlich verkürzt arbeiteten;

d) **es solle mit einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit in einigen Industrien der Anfang gemacht werden zur Sammlung der notwendigen Erfahrungen,** um diese dann nach einer Uebergangszeit entsprechend allgemein verwerten zu können;

e) die vierzigstündige Arbeitswoche müsse generell eingeführt werden mit entsprechendem Einstellungszwang neuer Arbeiter. Dagegen wird geltend gemacht, daß dieser Weg bestimmt nicht zum Ziele führe, weil er soviel Ausnahmen vorsehen müsse, daß in kurzer Zeit Regel und Ausnahme sich gegenseitig wieder aufhöben. **Wenige Tage nach Einführung des Einstellungszwanges könne zudem der Arbeitgeber wieder beliebig Arbeitskräfte entlassen mit dem Hinweis, daß er für sie aber keine Beschäftigung habe;**

f) eine weitere Anregung geht dahin, daß, um in der Tat eine größere Einstellung von Arbeitslosen zu ermöglichen, selbst vor der 36- oder 30stündigen Arbeitswoche nicht zurückgeschreckt werden dürfe. Dieser Weg dürfte auch kaum gangbar sein, weil dann tatsächlich viele Arbeiter und Arbeiterinnen noch niedrigere Löhne erzielten, als die kärgliche Arbeitslosenhilfe beträgt;

g) weitgehende Einführung des Krümpersystems.

Der Bankrott der deutschen Sozialversicherung.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags gab Ministerialdirektor GRIESER vom Reichsarbeitsministerium einen Bericht über die katastrophale Lage der Sozialversicherung:

In der Invalidenversicherung beträgt nach seinen Mitteilungen das monatliche Aufkommen an Beiträgen nur noch 54 Millionen M gegenüber 70 Millionen im Jahre 1931, 80 Millionen im Jahre 1930 und 90 Millionen im Jahre 1929. Dabei können die Einnahmen von 54 Millionen im Monat April kaum als Jahresdurchschnitt für 1932 angesehen werden. Zur Zeit ergebe sich in jedem Monat ein Fehlbetrag von 28 Millionen Mark. Bisher sei die Invalidenversicherung ihren Verpflichtungen trotzdem dadurch nachgekommen daß sie zur Deckung des Fehlbetrages ihre Vermögenswerte herangezogen habe. Es sei damit zu rechnen, daß die Renten am 1. Juni unverkürzt ausgezahlt würden.

In der Knappschaftsversicherung habe im Jahre 1929 ein prozentualer Beitrag aus der Lohnsumme 15 Millionen M erbracht. Heute dagegen seien es nur noch 6 Millionen.

Die Gründe lägen zu drei Vierteln im Abbau der Belegschaft, im übrigen in der Senkung der Löhne. Die Zahl der Bergleute in Deutschland habe 1925 noch 730 000 betragen; sie sei jetzt auf 430 000 zurückgegangen, davon allein im Ruhrgebiet von 400 000 auf 190 000. Die heutigen Schwierigkeiten der Knappschaftsversicherung seien lediglich durch den schnellen Absturz der Löhne verursacht worden,

den niemand habe voraussehen können. Andererseits seien die Renten in die Höhe gegangen. Heute müßten drei Bergleute aus ihren Beiträgen zwei Invaliden ernähren. Der Zuschuß des Reiches übersteige die Beitragseinnahmen. Hätten diese etwa 60 Millionen betragen, so habe das Reich im letzten Jahre 70 Millionen an Zuschüssen gegeben. Selbst wenn das Reich in diesem Jahre wieder einen Zuschuß von 70 Millionen gebe, bleibe für 1932 immer noch ein Fehlbetrag von 44 Millionen, für den Deckungsmöglichkeiten gesucht werden müßten, wobei aber **von vornherein irgendeine Beitragserhöhung ganz ausgeschlossen sei.**

Die Angestelltenversicherung verzeichne einen monatlichen Rückgang an Beitragseinnahmen von 5 Millionen M. Dagegen stiegen die Pensionen nach Zahl und Wert auch in dieser Versicherung ständig.

Außerordentliche Schwierigkeiten bestünden auch in der **Unfallversicherung.** Manche Berufsgenossenschaften befänden sich in einer trostlosen Lage, z. B. die des Baugewerbes, wo 85 Prozent der Arbeiter erwerbslos seien.

In der Krankenversicherung seien die Einnahmen, die 1929 noch 2,3 Milliarden betragen hätten, auf 1,6 Milliarden im Jahre 1931 zurückgegangen. Zwar habe die Arbeitslosigkeit auch eine Verringerung der Versicherungsfälle verursacht.

Die Behebung der Schwierigkeiten sei außerordentlich schwer. Ueber alles formale Recht hinaus hätten die Versicherten ein Notstandsrecht, auskömmliche Leistungen zu erhalten; auf der anderen Seite hätten aber auch die Versicherungsanstalten das Notstandsrecht, in ihrem Bestande erhalten zu bleiben. Von der Reichsregierung seien in dieser Hinsicht noch keine Beschlüsse gefaßt worden.

*

Soweit der Bericht. Der Ausschuß sollte nun der Regierung ohne Unterlagen Wege aus den Schwierigkeiten weisen. Der Ausschuß lehnte auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten TIMM dieses Ansinnen ab. Er beschloß, sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

*

Durch das Trommelfeuer, daß Herr GRIESER auf die Ausschußmitglieder niedersausen ließ, bereitet STEGERWALD seine Offensive auf die Sozialversicherung vor. Die Gewerkschaften sollten rücksichtslos alle Versuche, den Bankerott auf sie abzuwälzen, ablehnen. Sie haben keine Veranlassung, diese Katastrophe zu bezahlen, die, wie der Regierungsvertreter ausdrücklich betonte, zum großen Teil eine Folge des Lohnabbaus ist. Für diesen und also bis zu einem gewissen Grade für den Bankerott der Sozialversicherung trifft aber STEGERWALD ein erhebliches Maß an Schuld. Und dieser an verantwortlicher Stelle stehende Mann bringt es fertig, jetzt einem Ausschuß Unbeteiligter sagen zu lassen: „Was gehet mich das an? Da sehet Ihr zu!"

„Einheitskongreß der Wassertransportarbeiter der Welt".

E. K. **Hamburg**, 25. Mai.

Vor drei Jahren gab die RGI (Rote Gewerkschafts-Internationale) an ihre sämtlichen Ländersektionen die Parole heraus, rote Wassertransportarbeiter-Verbände zu schaffen. Als Dachorganisation für diese Verbände gründeten die Kommunisten die ISH (International of Seamen and Harbour Workers), deren Kongreß vom 21. bis 24. Mai in Altona stattfand. Ursprünglich sollte der Kongreß in Hamburg tagen; er wurde aber **vom Hamburger sozialdemokratischen Polizeisenator verboten.** Als er dann nach Altona verlegt wurde, verbot ihn der Reichsinnenminister GROEHNER; dieser hob aber das Verbot am 19. Mai wieder auf. Soviel zur Geschichte. Nun zum Kongreß selber.

Vor den Eingängen des Tagungslokales stehen Ordner. Niemand darf ohne Ausweis hinein. Im Saal lange Tischreihen mit Schildern der verschiedenen Ländersektionen, wie „Lateinische Sektionen", „Baltische Sektionen" u. s. w. Transparente rufen auf: „Mit Volldampf voraus! Durch rote Einheitsfront zum Sieg!" Ein anderes: „Brüderliche Kampfgrüße der RGI zum Kongreß der ISH!" Das Präsidium ist aus Vertretern der verschiedenen Ländersektionen zusammengesetzt. Die Verständigung ist schwierig. Während der Reden werden diese von den Dolmetschern in alle möglichen Sprachen übersetzt. Unter den Delegierten sieht man die Führer der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung: HECKERT, den Sekretär des europäischen Sekretariats der RGI, WALTER und SCHILLING, die Einberufer des Kongresses und Vertreter der ISH, WOLLWEBER, den Vorsitzenden des „Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands". Am dritten Verhandlungstag erschien in letzter Minute noch der Vorsitzende des russischen Transportarbeiter-Verbandes. Sein Erscheinen bildete den Höhepunkt der Tagung.

Ueber die Zusammensetzung des Kongresses wurde von der Mandatsprüfungskommission festgestellt, daß insgesamt 198 Delegierte aus 30 Ländern anwesend waren. Außer fast allen europäischen Ländern waren Nord- und Südamerika, China, Japan, Indonesien, Somali-Land, Sudan und Liberia vertreten. Die gewerkschaftliche Zusammensetzung sah so aus:

38 %	der	Delegierten	vertraten	Sektionen der ISH
30 %	„	„	„	Verbände des IGB
6 %	„	„	„	Verbände der RGI
6 %	„	„	„	Verbände, die keiner Internationale angeschlossen sind
1 %	„	„	„	Verbände der syndikalistischen Gewerkschaften

81 % der Delegierten waren gewerkschaftlich organisiert.
19 % der Delegierten waren unorganisiert.

Welche Bedeutung hatte dieser Kongreß?

Er sollte ein Auftakt zur „weltumspannenden, vom Vertrauen der großen Mehrheit der Wassertransportarbeiter getragenen Internationale der Seeleute, Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Fischer" sein, so sagte HECKERT in seiner Begrüßungsansprache. Vorläufig steht man allerding noch ganz am Anfang. Dafür einige Beispiele. Das Präsidium des Kongresses erklärte, daß über 100 000 Wassertransportarbeiter hinter diesem Kongreß ständen. Für eine Weltorganisation keine sehr große Zahl. Nur in Dänemark hat die ISH einen wirklichen Einfluß unter den organisierten Wassertransportarbeitern. Dort ist der Matrosen-Verband zur ISH übergetreten, und der Heizer-Verband hat sich der ISH angeschlossen, ist aber noch Mitglied der Internationalen Transportarbeiter-Föderation. In Frankreich besteht seit einigen Jahren die FUMP (Fédération Unitaire des Marins et Pecheurs). Ihr Einfluß ist verschwindend klein. Das gab man auf dem Kongreß auch offen zu. Der Vertreter des „Internationalen Gewerkschafts-Komitees der Negerarbeiter" aus Liberia gab bekannt, daß das Komitee sich der ISH anschließen wolle. In Deutschland hat der „Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer" unter den Wassertransportarbeitern immer noch nicht festen Fuß fassen können, wie die letzten Streikversuche zeigen.

Trotzdem herrschte auf dem Kongreß optimistische Stimmung. Nachdem der spanische Delegierte festgestellt hatte, daß die RGI, die vor dem Umsturz kein Mitglied in Spanien hatte, heute dort schon 300 000 Mitglieder zählt, rief er aus: „Das Proletariat Spaniens erwacht! Mit stürmischen Schritten eilen wir der proletarischen Revolution entgegen!" Die Leser des „Funken" wissen, wie sich diese „stürmische Schritte" vollziehen, daß Spanien den Golgathaweg Deutschlands geht. Und HECKERT sprach von dem „verfaulenden Kapitalismus", der jetzt einen Ausweg aus der Krise durch den Krieg suche. Er rief aus: „Es ist ein geschichtliches Muß, daß durch die Initiative der Arbeiter am Ende dieses neuen Krieges die proletarische Revolution stehen wird!" Ein gefährlicher Optimismus!

Was haben wir von der ISH zu erwarten?

Sie soll eine „unabhängige" Organisation sein, obwohl sie von der RGI gegründet worden ist. Lange wird diese „Unabhängigkeit" aber wohl nicht dauern; denn als die Delegierten und Gäste HECKERT am Schluß seiner Rede brausenden Beifall zollten, sprang der Sekretär der ISH WALTER aufs Podium und rief:

„Ich glaube im Namen aller Delegierten sprechen zu können, wenn ich dem Vertreter der Roten Gewerkschafts-Internationale sage, daß der Weltkongreß seine Worte hier mit Genugtuung entgegengenommen hat. Die ISH ist heute eine unabhängige Organisation. Sie gehört organisatorisch weder der RGI noch sonst einer Internationale an. Eins aber wollen wir sagen, Kameraden: Die Massen der Seeleute, Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Fischer, sie sind im Kampf verbunden mit den Millionenmassen der in der RGI organisierten Proletarier. Ich bin überzeugt, daß die Mitglieder der ISH sehr bald fordern werden, daß die ISH Mitglied wird des Generalstabs für den Klassenkampf der revolutionären Gewerkschafter, der RGI!"

Aller Erfahrung nach wird also auch die ISH bald ein weiterer Verband für kommunistische Propaganda sein.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Westen: Montag, 30. Mai, 20 Uhr, in Wilmersdorf, Regensburger Straße 12, Restaurant Schütze. Thema: HITLER marschiert. Wer schafft die Abwehrfront?

Eisenach: 28. und 29. Mai (Sonnabend-Sonntag-Kurs). Thema: Demokratie — Führerschaft — Sozialismus. Beginn: Sonnabend 20.15 Uhr in der Wolfsburg, Katharinenstraße; Beginn der Sonntagsarbeit nach Verabredung; Ende Sonntag mittag. — Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

Leipzig: Sonnabend, den 28. Mai, 20 Uhr, im Volkshaus, Zeitzer Straße 32. Thema: NS-Regierung — Inflationsgefahr!

München: Dienstag, 31. Mai, 20 Uhr, Gasthof „Goldener Stiefel", Sendlinger Str. 67. Thema: Der Vormarsch der Kulturreaktion. — Wo bleibt die Einheitsfront der Arbeiterschaft?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Das Land der Junker und der Landflucht.

Was Hindenburg über Ostpreußen nicht gehört hat.

Die Fragen Siedlung und Osthilfe stehen zur Zeit im deutschen Reichskabinett zur Entscheidung. Es geht dabei um die Existenz der ostelbischen Junker. Sie haben offenbar HINDENBURGS Aufenthalt auf dem Gut Neudeck in Ostpreußen dazu benutzt, um ihn zu einem noch stärkeren Vertreter ihrer Interessen zu machen. Daß man tatsächlich aus ostpreußischen Erfahrungen viel lernen kann, zeigen die folgenden Ausführungen über das Land der Junker und der Landflucht. Die ostpreußischen Junker werden sich aber gehütet haben, HINDENBURG dieses Material zu unterbreiten.

Wenn in einem Land jeder Sterbende durch je einen Neugeborenen ersetzt wird, dann hat das ganze Land — rein zahlenmäßig — weder einen Sterbe-Verlust noch einen Geburten-Ueberschuß, wie sehr auch manche Familie in ihrem Bestande zu- oder abnimmt. Wenn aber über den zahlenmäßig vollständigen Ersatz der Absterbenden durch Neugeborene hinaus noch mehr Menschen zugeboren werden, dann hat das Land durch diesen Geburten-Ueberschuß einen natürlichen Bevölkerungs-Zuwachs — der zum Beispiel von 1891 bis 1900 für Ostpreußen 271 500 Menschen betrug.

Also war wohl um die Jahrhundertwende die ostpreußische Bevölkerung um mehr als eine Viertelmillion Menschen zahlreicher als 10 Jahre zuvor? Dies könnte man vermuten. Indessen zeigen die Volkszählungen, daß das nicht stimmt. Denn in Ostpreußen gab es 1900 nicht etwa 271 500 Menschen, sondern nur 35 800 Menschen mehr als im Jahre 1891. Der natürliche Bevölkerungs-Zuwachs war in jenem Jahrzehnt groß, der Zuwachs des Bevölkerungs-Standes aber sehr klein gewesen.

Wie ist so etwas möglich? Die Antwort weiß jeder. Denn die Menschen wandern aus einem Land ja nicht nur sterbend ins Nichts, sie können auch lebend in ein anderes Land wandern — und dabei kann es vorkommen, daß in derselben Zeit mehr hinaus als hinein wandern, daß die Abwanderung größer wird als die Einwanderung, daß also ein Wanderungs-Verlust von dem wegnimmt, was der natürliche Bevölkerungs-Zuwachs an neuen Menschen liefert.

Für Ostpreußen ist dieser Wanderungs-Verlust eine sehr gewöhnliche Angelegenheit. Denn wieviel Menschen hat gerade dieses Land auf solche Weise nicht schon eingebüßt! Von 1861 bis 1870 waren es 19 500, von 1871 bis 1880: 91 000, von 1881 bis 1890: 210 900, von 1891 bis 1900: 235 700 Verlorene. Zeichnen wir uns das doch einmal auf karriertem Papier mit Hilfe eines Maßstabes auf, damit nicht nur der Menschen-Verlust allein, sondern auch das Wachstum, die Zunahme dieses Verlustes uns deutlich, uns wirklich sinnlich sichtbar wird!

Von 1841 bis 1900 — also in 60 Jahren — hat Ostpreußen 546 300 Menschen, das heißt mehr als eine halbe Million im Lande Geborener, durch Wanderungsverlust verloren: und

allein in den 20 Jahren von 1881 bis zur Jahrhundertwende waren es 446 600 oder im Jahresdurchschnitt 22 330 Menschen, die mehr hinaus- als hineinwanderten.

Geboren aber wurden in Ostpreußen in dieser Zeit weit mehr als im Reichsdurchschnitt: Im Kinderkriegen waren dort die Leute den übrigen Deutschen im ganzen voraus. Und „trotz alledem wird, von Königsberg abgesehen, nirgends der Reichsdurchschnitt der Bevölkerungsdichte erreicht". So schreibt auf Seite 123 das treffliche SEYDLITZsche Schulbuch für deutsche Geographie — für das Jahr 1925. Denn eben damals lebten auf dem Quadratkilometer im Reich 134, in Preußen wie in Württemberg 132, in Baden 153, in Bayern 98 — und in Ostpreußen 61 Menschen. Und noch weniger Leute auf der Flächeneinheit als in Ostpreußen hatten von sämtlichen Landschaften Deutschlands überhaupt nur noch die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 43, Mecklenburg-Schwerin mit 51, und Mecklenburg-Strelitz mit 38 Menschen auf dem Quadratkilometer.

Aber warum wandern denn eigentlich die Leute aus Ostpreußen weg? Ist vielleicht der Boden und das Klima immer schlechter geworden? Die Naturwissenschaften haben nichts derartiges feststellen können. Und

die Wirtschaftsstatistik zeigt, wie in demselben Ostpreußen — das für so viele seiner Menschen keinen Lebensraum hat — die Nutzpflanzen und Nutztiere gut und immer besser gedeihen.

So stieg zum Beispiel von 1892 bis 1900 der Wert der verkauften Rinder um 42, der verkauften Pferde um 41, der verkauften Schweine um 13 Millionen Mark — was allerdings auch, aber nicht nur, mit den Preisen zusammenhängt — und der Wert des Viehs in der Provinz wuchs in 9 Jahren um 96 Millionen Mark, während in den 10 entsprechenden Jahren 235 700 Menschen aus dem Lande mußten. 1928 lieferte im Jahresdurchschnitt jede Kuh in Ostpreußen sehr viel mehr Milch als im Reich, in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen. Und 1930 überstieg der ostpreußische Ernteertrag pro Hektar für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Kartoffeln ganz gewaltig den entsprechenden Ernteertrag zum Beispiel von Württemberg und Baden, bei Weizen, Gerste und Hafer auch den bayrischen Ertrag — von vielen anderen deutschen Landesteilen gar nicht zu reden.

Ostpreußen erhielt in der Eiszeit die Grundzüge seines Reliefs. Denn als damals in dreimaligem, großem Vorstoß das aus den skandinavischen Firnfeldern hervorquellende Eis fast mühelos über den flachen Schild der ostpreußischen Ebene glitt und in wechselndem Vormarsch und Rückzug seine weit aus Schweden hergetragenen Felsbrocken und Sande im Abschmelzen zu den auch jetzt noch bis 200 Meter hohen „Saurücken", den Drumlins, häufte, da schuf es so aus landfremdem Block, Grus und Lehm über dem flachliegenden einheimischen roten Ton und Kalk eine ziemlich bucklige Welt, die man wohl nach den Seen benennen, aber eigentlich doch nicht die Seen-Platte heißen sollte. Und nun müssen selbstverständlich überall dort, wo die Eiszeit ihre bleibenden Trümmer zu langen Ketten dichtgedrängter Moränen eng zusammengeschoben hat, die Menschen — Deutsche, Masuren, Litauer und Polen — etwas weit auseinander wohnen. Denn wo Heide und Moor abwechseln und zahllose stille Seen, vom weitgedehnten Kiefernwald düster umrahmt, zwischen den Hügeln glänzen, — da ist Holz, Fisch und Schaf das wirtschaftlich Entscheidende und extensive Urproduktion Notwendigkeit. Aber Ostpreußen hat auch andere Landschaften. Aus den Moränen wusch das abströmende Schmelzwasser und der fallende Regen alles Leichte heraus — und nur der Blockwall blieb mit seinem Verwitterungsschutt zurück; nach der großen Eisschmelze hob dann der über die zurückgebliebene Stein- und Sandwüste hinfegende Wind immer neu den Staub in die Lüfte und ließ ihn anderen Ortes, das Relief fruchtbar einebnend, wieder fallen; und Memel und Pregel, damals breite Schmelzwasserströme, füllten ihre tiefen Mündungsbuchten mit Riesenlasten von Sinkstoffen, das sumpfige Delta immer weiter vorschiebend, wobei die Meereswellen dem wachsenden Verlanden nachhalfen. So wurde das Land weithin sehr fruchtbar und bietet — schon im Gebiet der nur noch vereinzelt ragenden Eiszeitkuppen und erst recht in den Talauen und breiten Niederungen — meernah vom milden Seeklima gesegnet, längst gewaltige landwirtschaftliche Möglichkeiten.

Man darf sich diese durch den polnischen Korridor vom Stammland abgetrennte Provinz nicht allzu wässerig und wüst vorstellen. Denn nach den Ergebnissen der Anbauflächenstatistik von 1930 kamen von je 100 Hektar in diesem Land der tausend Seen doch nur 8,7 Hektar auf See, Fluß, Moor, Oed- und Wegeland. Und auch der riesige Rest ist nicht nur Wald. Im Gegenteil! Von Forst und Holzung besetzt sind ja nur 18,5 Prozent des Bodens, während 71,7 Prozent der Gesamtfläche der Landwirtschaft dienen, je 52 zum Ackerbau und 19 als Wiese und Weide; die Landwirte dort könnten überdies technisch leichter als in den meisten anderen Gebieten Deutschlands die Viehwirtschaft auf Kosten des Ackers ausdehnen. Kurz:

Ostpreußen ist ein gutes Land;

und es wurde nicht schlechter, sondern immer ergiebiger für jene Pflanzen und Tiere, von deren Bewirtschaftung der Mensch lebt.

Und doch ist es ein Land der Massen-Armut und der Abwanderung von Menschen-Massen.

Aber da waren es sicherlich die sinkenden Getreidepreise, die die Menschen von der Scholle und über die Provinzgrenze trieben? Halt! Langsam! Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts sanken zwar wirklich die Getreidepreise. Die Tonne Weizen zum Beispiel kostete im Großhandel:

1879: 198 Mark,
1889: 188 Mark,
1899: 155 Mark.

Aber das ist der deutsche Preis, und die ganze deutsche Landwirtschaft, nicht nur die ostpreußische, stand von 1877 bis 1900 unter dem Druck des nordamerikanischen und auch des russischen Korns. Haben nun vielleicht diese Jahrzehnte Württemberg, Baden, Bayern und die mittel- und westdeutschen Agrargebiete entvölkert? Nein! Und wie war es denn in den Jahrzehnten der steigenden Getreidepreise? Von 1810 bis 1873 hob sich doch der deutsche Preis für die Tonne Weizen von 146 auf 251 Mark — erst die Auswirkung der inzwischen gebauten nordamerikanischen Pazifikbahnen machte dem ein Ende — und von 1900 bis 1930 stieg — vom Zoll gehoben — der Preis wieder von 153 auf 256 Mark. War nun in diesen zwei Epochen der steigenden Preise Ostpreußen vielleicht kein Abwanderungsland? Doch, das war es. Lediglich von 1851 bis 1860 konnte es seine Menschen halten, verlor es durch Landflucht keine Menschen, — also sicher nach und vielleicht auch wegen der 48er Revolution.

Schulbücher dürfen natürlich nicht allzu offenherzig sein. Sonst könnten ja schließlich die Jungen auf Gedanken verfallen. Immerhin nennt der prachtvolle SEYDLITZ, diese mit Recht so berühmte deutsche Geographiefibel für Gymnasiasten, den wahren Grund ganz redlich, wenn auch etwas verschleiert und vorsichtig, mit dem Satz: „Die Besitzflächen sind unverhältnismäßig groß im Vergleich zur anwesenden Bevölkerung." In der Tat: das interessanteste, das lesenswerteste Buch, das jeweils in 12 Monaten in Deutschland fabriziert wird, das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich", verrät uns für 1925 folgende Tatsachen. Von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nahmen die Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar für sich in Anspruch: in Württemberg 1,7 Prozent, in Bayern 2,5, in Baden 2,7, in Hessen, der Rheinprovinz und in Westfalen je 3,3, in Hessen-Nassau 4,8, in Hannover 6,4, in Thüringen 9,7, in Sachsen 13,5, im ganzen deutschen Reich 20,2, in ganz Preußen 25,6 —

und in Ostpreußen 39,2 Prozent.

Das ist ja nun allerdings noch keine Statistik des Grundeigentums — leider nicht; denn die amtliche deutsche Statistik interessiert sich nicht für die Frage, wie vielen Menschen das deutsche „Vaterland" als Boden privat gehört; sondern es ist nur die Statistik der Betriebsgrößen. Aber selbst diese Zahlen reden eine ziemlich deutliche Sprache für jeden, der denken kann und mag.

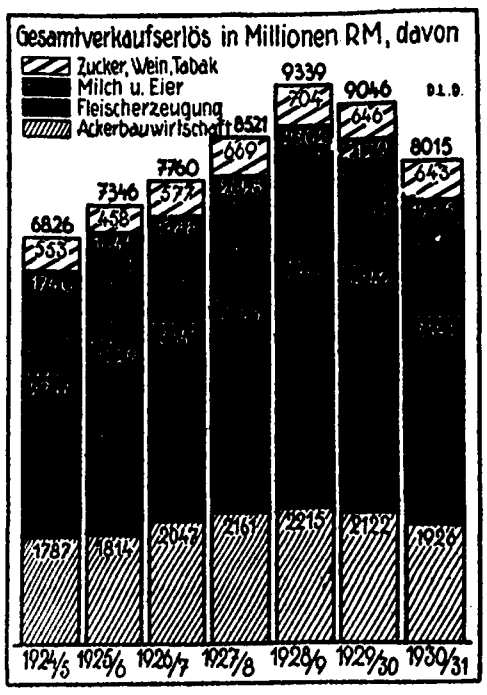
Paul Tureg.

Zum Auswendiglernen.

Die deutschen Landwirte verkauften im Erntejahr 1930/31 Produkte für insgesamt 8 Milliarden Mark; darunter war Getreide für knapp 1,6 Milliarden Mark.

Dieser Tatbestand ist in Deutschland dank dem großagrarischen Geschrei über Getreidepreise und Zölle nahezu völlig unbekannt. Diejenigen, die das nicht glauben wollen, bitten wir, folgendes Experiment zu machen: Sagt Euren Bekannten, besonders denen, die viel von der Bedeutung der Landwirtschaft reden: „Die deutschen Landwirte haben im Erntejahr 1930/31 für 8 Milliarden Mark landwirtschaftliche Produkte verkauft." Und fragt sie dann: „Auf wieviel Milliarden Mark schätzt Ihr den Anteil des Getreides an diesen 8 Milliarden Mark?" Ihr werdet erleben: Die meisten Schätzungen liegen zwischen 4 und 6 Milliarden Mark. So stark hat die großagrarische Propaganda gewirkt!

Die Einnahmen der deutschen Landwirte.



In der vorstehenden Darstellung sind Getreide und Kartoffeln als „Ackerprodukte" zusammengefaßt. Der Erlös der Ackerprodukte ist im Durchschnitt der Jahre etwa eben so groß wie der aus Milch und Eiern!

Daß die großagrarische Propaganda fast nur für die Hochhaltung der Getreidepreise eintritt, hat keinen sachlichen Grund. Die Propaganda, der wir immer wieder begegnen, in fast der gesamten Provinzpresse, in den Wartesälen der Bahnhöfe („Eßt deutsches Roggenbrot!"), ist eine *groß*agrarische Propaganda. Und es ist ein Zeichen der Klassenherrschaft der Großgrundeigentümer, daß es ihnen bisher gelungen ist, unter der Parole „Schutz der deutschen Landwirtschaft" die Stützung der Getreidepreise durchzusetzen, das heißt: den Schutz der vor allem Getreide produzierenden Großgrundbesitzer vor dem sonst sicheren Bankerott. Diese Politik belastet alle Arbeiter als Brotkäufer und die meisten Bauern als Futtergetreidekäufer.

Die Fortsetzung dieser Agrarpolitik gegen Arbeiter und Bauern wird nur dann ausgeschlossen sein, wenn Arbeiter und Bauern ihre gemeinsamen Interessen erkennen und für sie eintreten. Heute werden die Interessengegensätze zwischen Großgrundbesitzern und Bauern durch geschickte Propaganda zugedeckt, und die natürliche Interessengemeinschaft zwischen Bauern und Arbeitern wird durch dieselbe Propaganda künstlich zerrissen. Ein wesentliches Stück dieser Propaganda ist es, der Bevölkerung einzuhämmern: *Getreide*bau und *Getreide*verkauf sei das Wichtigste für *die* deutsche Landwirtschaft.

Helft dieses Propagandastück unwirksam machen durch Verbreitung des einfachen hier mitgeteilten Tatbestandes.

Rpt.

Frühjahrsbelebung in Dänemark.

Im Bauernland Dänemark weist der Arbeitsmarkt eine deutliche Frühjahrsbelebung auf, während diese in Deutschland, England und den USA schmerzlich vermißt wird.

Wir vergleichen hier den Prozentsatz der Arbeitslosen in Dänemark (berechnet auf rund 300 000 Erwerbstätige) mit dem Prozentsatz der Vollerwerbslosen in den deutschen freien Gewerkschaften:

	Deutschland	Dänemark
Ende Februar	47,9	35,9
Ende März	48,0	35,8
Ende April	47,0	29,9